

**Liebe Anwesende,**

**liebe Angehörige und Überlebende**

Das Oktoberfestattentat von 1980 ist Teil einer traurigen, einer erschreckenden Kontinuität von rechtem Terror in der Bundesrepublik Deutschland. Immer wieder produziert solch mörderischer Hass unzähliges und unerträgliches, menschliches Leid. Wir alle, die Zivilgesellschaft und Politik, dürfen nie wieder die Augen davor verschließen. Überlebende und Hinterbliebene solch menschenverachtender Taten dürfen nicht im Stich und sich selbst überlassen werden. Als Beratungsstelle BEFORE haben wir seit Beginn unserer Arbeit im Jahr 2016 viele der Angehörigen und Überlebenden des Attentates begleitet. Daher wissen wir, welche wichtige Verantwortung hier auch den Behörden der Daseinsfürsorge, insbesondere den Versorgungsämtern und Krankenkassen, zukommt. Und welche gravierenden Auswirkungen es hat, wenn dieser Verantwortung nicht oder nur unzureichend nachgekommen wird.

Formen der Trauer sind bei jedem Menschen unterschiedlich. Das Gleiche gilt für die Bearbeitung und den Umgang mit einem Trauma. Welche Art der Unterstützung Betroffene eines solch gravierenden Einschnittes brauchen und auch von der Gesellschaft erwarten dürfen, ist daher ebenso verschieden. Körperliches und seelisches Leiden gefährdet die soziale sowie berufliche Teilhabe genauso wie private Lebensbereiche, insbesondere dann, wenn Betroffene keine passende Unterstützung bekommen. Sie können zu massiven finanziellen Belastungen führen, die in dieser Form ohne die Tat und ihre Folgen nie entstanden wären. Wenn Überlebende zu ihrem eigenen seelischen Schutz Menschenansammlungen meiden müssen, keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen können, ihren Beruf vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr ausüben können, sind und bleiben es existenzielle Nöte, mit denen Betroffene konfrontiert sind.

Wir möchten nicht in Abrede stellen, dass auch geholfen wurde. Dass es ganz verschiedene Menschen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft gab, die sich Betroffenen zugewandt haben, Unterstützung angeboten und diese auch umgesetzt haben. Aber es wurde vieles versäumt – nicht nur jahrzehntelang die Anerkennung der Tat als rechter Terror, auch Hinterbliebene und Überlebende erfuhren keine Anerkennung.

Statt genau hinzuschauen und zuzuhören, wurde sich oftmals abgewandt. Es wurde kein Raum, kein Platz geschaffen, um das Erlebte besprechen oder auch miteinander und untereinander, teilen zu können. Viele der Hinterbliebenen und Überlebenden wurden gegenüber Behörden in eine Rolle als Bittsteller und Bittstellerin gedrängt, obwohl eine adäquate und zugewandte Unterstützung in der Verantwortung des Staates liegt. Immer wieder sahen sie sich gezwungen, sich zu rechtfertigen: warum sie therapeutische, medizinische, finanzielle oder andere Formen sozialstaatlicher Unterstützung benötigen, auf die sie einen Anspruch haben oder haben sollten. Obwohl Überlebende und Hinterbliebene immer wieder die dringend benötigte Hilfe kommuniziert und erklärt haben, wurde viel zu häufig nicht reagiert, sondern ignoriert. Betroffene mussten sogar mit Schuldzuweisungen leben, warum sie etwas nicht aus eigener Kraft schaffen, warum sie Jahre später immer noch auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Solche Erfahrungen reproduzieren und vertiefen das Leid von Betroffenen zusätzlich. Es kann auch dazu führen, dass sich Menschen nach einem mühsamen und anstrengenden Weg des sich Erklärens, Rechtfertigens und verzweifelterm Warten auf Entscheidungen und Unterstützung von den Versorgungsstrukturen abwenden. Ein Zustand, den wir auch rückblickend ohne Zweifel als zutiefst beschämend und als gesellschaftliches Armutszeugnis ganz klar benennen müssen.

Umso wichtiger ist es auch heute zu zeigen, was Überlebende und Hinterbliebene – ich möchte sagen trotz alledem – geschafft haben: sie haben für Anerkennung und gegen ein Vergessen gekämpft, für Aufklärung und Sichtbarkeit. Und wie wir auch heute erneut sehen können: mit Erfolgen. Sie haben Betroffenen eine Stimme gegeben: um rechten Terror verstehen und bekämpfen zu können, müssen diese Stimmen ernst genommen und gehört werden. Nur so lassen sich die Auswirkungen von rechtem Terror und seine Realität fassen. Nur so kann eine solidarische Gesellschaft entstehen, in der Betroffene die Unterstützung bekommen, die sie brauchen und auf die sie ein Recht haben. Ein Recht, das nicht mit der Zeit erlischt oder immer wieder neu begründet und erkämpft werden muss. Wir brauchen eine Unterstützungsstruktur, die so niedrigschwellig ist, dass sie alle Betroffenen erreicht und ihnen keine mühevollen Hürden und Steine in den Weg legt. Sie muss sich an die individuellen Bedürfnisse der Menschen orientieren, um ihnen eine finanzielle Sicherheit zu geben, eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Und sie muss nachhaltig sein, denn viele Folgen einer solchen Tat bleiben bestehen, sie überdauern die Jahre und Jahrzehnte oder treten überhaupt erst spät auf. Für all das braucht es nach wie vor Veränderungen in den Strukturen der Versorgungsämter und in den Gesetzen der Opferentschädigung. Es braucht gleichzeitig niedrigschwellige Angebote

der Akuthilfe, wenn Betroffene mit Mehrbelastungen konfrontiert sind, die von Behörden und Versicherungen nicht oder nur teilweise übernommen werden. Hier sind wir alle dazu aufgerufen weiter hinzuschauen, zuzuhören und zu handeln.

Liebe Angehörige und Überlebende: obwohl viele von ihnen die Erfahrung machen mussten, jahrzehntlang nicht gehört und nicht gesehen worden zu sein, haben sie den Mut und die Kraft bewiesen, für Anerkennung und Sichtbarkeit zu kämpfen. Dafür und für ihren Einsatz gegen rechten Terror und menschenverachtender Gewalt möchte ich mich, möchten wir uns als Beratungsstelle BEFORE bedanken und unseren großen Respekt aussprechen.

Vielen Dank.